

Aus Seniorenrat wird Terzo

Der Seniorenrat Dietikon will sich zum 30-jährigen Bestehen verjüngen – mit neuem Namen, Logo und neuer Website.

Virginia Kamm

Zu seinem 30. Geburtstag macht sich der Seniorenrat Dietikon selbst ein Geschenk: So erhält der 1994 gegründete Verein einen neuen Namen, ein neues Logo und eine neue Website. Neu nennt sich der Verein Terzo Dietikon. «Uns war schon länger klar, dass wir unser Jubiläum feiern wollen», sagt Präsident Jean-Pierre Balbiani, der bis 2018 für die SVP im Dietiker Stadtrat sass.

«Wir haben uns viele Gedanken über die Nachwuchsförderung gemacht», sagt der 72-Jährige. «Schliesslich werden wir alle älter.» Mit «wir» meint er die zwölf Vorstandsmitglieder, aus denen der Verein besteht und die sich jeweils um ein Ressort kümmern. In verschiedenen Gesprächen habe sich gezeigt, dass der Name Seniorenrat auf Widerstand stosse. So auch bei Vorstandsmitglied Madeleine Grendelmeier. «Als ich für den Vorstand angefragt wurde, fühlte ich mich nicht wirklich angesprochen», sagt die 68-Jährige.

Ein Problem sei auch das Wort «Rat», das an eine Behörde erinnere, sagt Balbiani. Mit dem neuen Namen will der Verein nun die altersmässige und örtliche Eingrenzung der Anspruchsgruppe aufbrechen. So sollen künftig auch Leute vor der Pensionierung und aus den umliegenden Gemeinden vom Terzo-Angebot profitieren können. Das sei zwar schon länger der Fall, aber nie offiziell kommuniziert worden, sagt Grendelmeier.

Es gab über 100 Namensvorschläge

Insbesondere will der Verein mit seinem neuen Auftreten auch frühzeitig Nachwuchs für den Vorstand gewinnen. Mindestens zwei Vorstandsmitglieder sucht Terzo derzeit, nämlich eine Person für das Ressort Vorträge und eine für das Seniorenkino. Auch sonst gebe es Leute, die langsam gerne zurücktreten würden, und



Madeleine Grendelmeier, René Müller und Jean-Pierre-Balbani haben die Neuerungen gemeinsam erarbeitet.

Bild: Andrea Zahler

Ressorts, die man ausbauen könnte, sagt Balbiani.

Vor rund zwei Jahren gründeten Balbiani, Grendelmeier und Vizepräsident René Müller deshalb eine Arbeitsgruppe, die sich um die Neuerungen kümmerte. Aus über 100 Namensvorschlägen entschieden sie sich schliesslich zusammen mit dem Vorstand für Terzo, was für den dritten Lebensabschnitt steht. «Wir wollten etwas Kurzes und Prägnantes und nichts Englisches», sagt Müller. Ein engli-

sch Name wäre vielleicht zu gewollt jung rübergekommen, sagt Grendelmeier. Künftig will der Verein sein Angebot aber auch vermehrt an fremdsprachige Menschen richten.

Das neue Logo enthält eine Dietiker Lilie

Rund 400 Personen wurden schon an Pfingsten über den Newsletter des Vereins über die Neuerungen informiert. «Jetzt wollen wir die Änderungen unter die Leute bringen», sagt Müller.

Zusammen mit einem Grafiker hat der 69-Jährige das neue Logo entwickelt, das eine Kombination aus den Buchstaben «T» und «D» sowie die Dietiker Lilie und das typische Dietiker Blau enthält. Am 8. Juni wird der Verein der Öffentlichkeit alle Änderungen präsentieren. Dies im Rahmen des Dietiker Sommerfests, das vom 7. bis 9. Juni im Dietiker Zentrum stattfindet. «Vor allem wollen wir unser Angebot zeigen und Interessierte gewinnen», sagt Müller.

Das macht Terzo

Die Angebote von Terzo sind gratis oder kosten einen symbolischen Betrag. Sie reichen von Smartphone-Kursen und dem Digitreff über Exkursionen, Kochkurse, Lesezirkel, Spiel- und Kinonachmittage bis hin zur Organisation von Klassenbegleitungen durch Seniorinnen und Senioren. Eine Mitgliedschaft ist nicht nötig. Der

Vorstand arbeitet unentgeltlich und investiert gemäss eigenen Angaben rund 2000 Stunden pro Jahr in den Verein. «Ich habe noch in keinem anderen Gremium so viel Enthusiasmus erlebt wie bei Terzo», sagt Terzo-Präsident Jean-Pierre Balbiani. Finanzielle Unterstützung erhält Terzo von der Stadt Dietikon. (vir)

Suchaktion an der Limmat

Während Stunden haben Einsatzkräfte in Dietikon mit dem Boot und mit einem Helikopter die Limmat vor allem rund um das Wehr vergebens nach einer gesuchten Person abgesucht.

Martin Rupf

Kurz nach 12 Uhr ertönte am Dienstag das Martinshorn in Dietikon zum ersten Mal. Kurze Zeit danach hat die Polizei den Bereich zwischen dem Wehr und der Nötzliwiese abgesperrt. Und wenig später steigen Einsatzkräfte in ein Ölwehrboot und fahren mit diesem erst die Limmat abwärts und später wieder aufwärts bis Höhe Nötzliwiese. Dabei gucken die Einsatzkräfte abwechselnd in das Wasser und wieder hin zur Böschung. Ganz offensichtlich ist hier eine Suchaktion im Gang.

Dies bestätigt sich spätestens dann, als ein Helikopter am Himmel zu sehen ist, der immer näher zum Wehr fliegt. Fast zwei Stunden kreist der Helikopter entweder weit über der Limmat oder legt die Strecke von der Nötzliwiese die Limmat hinauf tieffliegend zurück. Auf Anfrage bestätigt die Kantonspolizei Zürich, dass es sich um eine Suchaktion nach einer vermissten Person handelt und die Suchaktion auch drei Stunden nach Beginn noch immer laufe. Weitere Details werden keine bekannt gegeben.



Auch ein Helikopter kam bei der Suche zum Einsatz.

Bilder: Martin Rupf



Mit einem Boot suchen Rettungskräfte die Limmat nach der vermissten Person ab.

Stadtklima bewegt Regierungsräte

Bürgerliche kritisieren kommunalpolitisches Engagement von Jacqueline Fehr (SP) und Martin Neukom (Grüne).

Matthias Scharrer

In mehreren Schweizer Städten von Aarau über Basel bis Zürich hat die Umweltorganisation Umverkehr ihre Stadtklima-Initiativen lanciert. Basel hat diese bereits abgelehnt. Doch jetzt folgt im Kanton Zürich die heisse Stadtklima-Phase: Winterthur stimmt am 9. Juni darüber ab, Zürich voraussichtlich am 22. September.

Im Winterthurer Abstimmungskampf sind auch die beiden Winterthurer Regierungsratsmitglieder Jacqueline Fehr (SP) und Martin Neukom (Grüne) präsent: «Ich sage Ja zu einer Stadt, die cool und kühl bleibt», lässt sich Fehr auf der Website der Initianten zitieren. Neukoms entsprechender Spruch lautet: «Ich sage Ja für mehr Bäume in der Stadt.» Die beiden Abstimmungsvorlagen sollen mehr Grünraum und einen umweltfreundlicheren Verkehr bringen.

Das Engagement von Fehr und Neukom sorgt im bürgerlichen Lager für Kritik, wie aus einer gemeinsamen Medienmitteilung der kantonalen FDP, SVP und Mitte hervorgeht. Dass kantonale Regierungsmitglieder für eine kommunale Abstimmungsvorlage werben, sei ein No-Go, heisst es darin. Und: «Aus Sicht der Stimmenden ist das irreführend und politisch fragwürdig», erklärt Filippo Leutenegger, Präsident der FDP Kanton Zürich. Denn so entstehe der Eindruck, dass der Regierungsrat die Vorlagen offiziell unterstützen würde.

«Aus Governance-Sicht hochproblematisch»

SVP-Kantonalparteipräsident Domenik Ledergerber doppelt nach: «Es ist unerhört, dass einzelne Regierungsratsmitglieder ihre offizielle Position nutzen, um die Abstimmungsentscheidung der Stimmbürger und



Umstritten: Die Winterthurer Regierungsratsmitglieder Martin Neukom (Grüne) und Jacqueline Fehr (SP) werben für die Stadtklima-Initiativen, über die am 9. Juni das Winterthurer Stimmvolk entscheidet.

Archivbild: Keystone

Stimmbürgerinnen zu beeinflussen.» Besonders brisant sei dies, da Fehr als Vorsteherin der kantonalen Direktion der Justiz und des Innern für die Gemeinden zuständig sei und Neukom als kantonaler Baudirektor bei der Umsetzung der Initiativen ein Wort mitzureden hätte.

«Aus Governance-Sicht ist das Vorgehen der beiden Alleingänger hochproblematisch», hält der Uitiker FDP-Kantonsratsfraktionschef André Müller fest.

Mit einer dringlichen Anfrage, unterschrieben von 88 bürgerlichen Kantonsratsmitglie-

dern, wollen FDP, SVP und Mitte nun der Sache auf den Grund gehen. So fragen sie nach der bisherigen Praxis sowie allfälligen Richtlinien für das Engagement von Regierungsratsmitgliedern bei kommunalen Wahlen und Abstimmungen. Und sie wollen wissen, ob der Regierungsrat im Falle der Stadtklima-Initiativen darüber diskutiert habe oder ob es sich um Einzelaktionen von Fehr und Neukom handle.

Auch nach einem allfälligen finanziellen Engagement der betreffenden Regierungsratsmitglieder wird gefragt – und

ob sie in den Ausstand treten müssten, wenn es dereinst um die Umsetzung der Initiativen ginge.

Der Regierungsrat hat nun fünf Wochen Zeit, die Kantonsratsanfrage schriftlich zu beantworten. Entsprechend gab es vorerst seitens Staatskanzlei, Neukom und Fehr auf Anfrage dieser Zeitung keine Stellungnahme dazu.

«Hier müsste man mit gleichen Ellen messen»

Aus Sicht von Andreas Daurü, Co-Präsident der SP Kanton Zürich und Kantonsrat aus Winter-

thur, ist das Engagement von Jacqueline Fehr und Martin Neukom im Winterthurer Abstimmungskampf kein Problem. Schliesslich sei der Regierungsrat nicht primär für kommunale Vorlagen zuständig und damit als Regierungsrat nicht direkt involviert. Und als Bürgerin respektive Bürger von Winterthur stehe es Fehr und Neukom frei, sich in ihrer Stadt für ein kommunales Anliegen zu engagieren.

Interessant sei zudem, dass Filippo Leutenegger offenbar kein Problem damit habe, in der Angelegenheit als FDP-Kantonalparteipräsident Partei zu ergreifen, obwohl er gleichzeitig auch Zürcher Stadtrat ist. «Hier müsste man mit gleichen Ellen messen», so Daurü.

Präzedenzfall Filippo Leutenegger

Selma L'Orange Seigo, Präsidentin der kantonalen Grünen und Kantonsrätin aus Zürich, sagt auf Anfrage: «Ich sehe den Skandal nicht. Es ist klar erkennbar, dass es Fehr und Neukom als Einzelpersonen sind, die da Stellung nehmen.»

Zudem hätten sich schon andere Regierungsratsmitglieder zu Abstimmungsvorlagen auf einer anderen Staatsebene geäussert – aktuell etwa Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli (SVP) mit Inseraten zu den nationalen Krankenkassen-Prämienvorlagen.

Warum ausgerechnet die Liberalen nun Neukom und Fehr kritisierten, verstehe sie nicht. Schliesslich habe sich Filippo Leutenegger vor drei Jahren selbst gegen das CO₂-Gesetz geäussert, obwohl der Zürcher Stadtrat, dem er angehört, eine andere Haltung vertrat. Und was Neukom betrifft, erklärt die Präsidentin der Grünen Kanton Zürich: «Ein Grüner sagt, ich wünsche mir mehr Grünraum. Das ist völlig okay.»

Polizei fasst Rucksack-Dieb dank Tracker

Zürich Die Kantonspolizei Zürich hat am Montag in Zürich einen mutmasslichen Dieb verhaftet. Dank eines Trackers, der sich in der Laptop-Tasche im gestohlenen Rucksack befand, konnte der 28-jährige Tscheche leicht geortet werden.

Der Rucksack wurden einem Touristen geklaut, als er ihn zusammen mit zwei Koffern vor einem Café abstellte. Der Dieb entkam zuerst unerkannt mit dem Rucksack samt Inhalt im Wert von 2000 Franken.

Der Tourist erstattete Anzeige und rund zwei Stunden nach dem Diebstahl konnte die Polizei den Dieb anhand der übermittelten Standortdaten des Trackers lokalisieren und festnehmen. Der Mann führte auch noch Gegenstände mit sich, die fünf anderen Diebstählen zugeordnet werden konnten. (sda)

ZVV beendet Bonus-Rabatte nach acht Monaten

Zürich Der Zürcher Verkehrsverbund (ZVV) wird sein Rabattmodell für Gelegenheitsreisende Ende Juni nach acht Monaten beenden. Danach wird er die im Rahmen des Markttests gesammelten Daten auswerten, wie er am Dienstag mitteilte.

Mit dem «ZVV Bonus» kommen seit November 2023 Fahrgäste ohne spezielles Abo in den Genuss von Rabatten: Wer in einem Monat an mehreren Tagen ein Ticket in der ZVV-App kauft, erhält im Folgemonat eine Gutschrift für weitere Fahrten.

Das Modell ist dynamisch ausgestaltet. Je mehr Reisetage, desto höher fällt der Bonus in Prozent aus. So werden für drei Tage drei Prozent der Ticketkosten gutgeschrieben, für jeden weiteren Tag kommt ein Prozentpunkt hinzu.

Dieses Modell bezeichnete der ZVV beim Start des Markttests als «völlig neuen Ansatz». Es könne die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs (ÖV) steigern. Ob diese Ziele erreicht werden, soll nun wissenschaftlich ausgewertet werden, wie der ZVV in seiner Mitteilung festhält. Die anonymisierten Verkaufsdaten werden nach dem Abschluss des Markttests in Zusammenarbeit mit dem Institut für Tourismus und Mobilität der Hochschule Luzern analysiert. Auch die Ergebnisse von drei durchgeführten Umfragen fliessen in die wissenschaftliche Auswertung ein.

Der Markttest sei eingebettet in zahlreiche Versuche und Tests in der Schweizer ÖV-Branche, um das Tarifsystem weiterzuentwickeln und an die wandelnden Bedürfnisse der Fahrgäste anzupassen, so der ZVV. Die Resultate seines Markttests will er deshalb der ganzen Branche vorstellen.

Der Markttest läuft noch bis Ende Juni. Bis dahin in der ZVV-App gekaufte Tickets bringen einen Bonus, der im Juli eingelöst werden kann, wie der ZVV mitteilt. (sda)

Kanton will teure Heimeintritte vermeiden

Der Regierungsrat ändert die Zusatzleistungsverordnung. Ziel: Mehr Pflege zu Hause, weniger frühe Heimeintritte.

Seniorinnen und Senioren in bescheidenen finanziellen Verhältnissen sollen im Kanton Zürich länger zu Hause leben können: Kanton und Gemeinden werden ab 2025 mehr Hilfs- und Betreuungskosten übernehmen als bisher. Damit sollen vorzeitige, kostenintensive Heimeintritte vermieden werden.

Für Bezügerinnen und Bezüger von Zusatzleistungen zur AHV werde der Leistungskatalog für Hilfe und Betreuung erweitert, teilte der Regierungsrat am Dienstag mit. Zudem würden die Stundenansätze für Hilfe- und Betreuungsangebote erhöht und zusätzliche Leistungserbringer anerkannt.

Ziel dieser Neuregelung ist es gemäss Regierungsratsbeschluss, betagten Menschen mit Zusatzleistungs-Anspruch den Verbleib zu Hause zu ermögli-

chen und so Selbstbestimmung und Autonomie im Alter zu stärken. Zudem sollen so Heimeintritte verhindert oder hinausgezögert werden.

Mehrausgaben und Einsparpotenzial

Diese Änderungen der Zusatzleistungsverordnung dürften gemäss Schätzungen zu jährlichen Mehrkosten zwischen 2 und 11,8 Millionen Franken führen, wie es im Regierungsratsbeschluss heisst.

Da aber Betreuungsarrangements im angestammten Zuhause kostengünstiger sind als Heimaufenthalte, werden gleichzeitig auch namhafte Minderausgaben erwartet. Je nach Verzögerung der Heimeintritte wird das Einsparpotenzial auf jährlich zwischen 3,7 und 17,4 Millionen Franken geschätzt.



Eine Spitex-Mitarbeiterin wechselt einen Verband. Symbolbild: K. Nars

Wegen der demografischen Entwicklung werden die Zusatzleistungs-Ausgaben in den kommenden Jahren stei-

gen, heisst es im Regierungsratsbeschluss. «Die vorliegende Verordnungsänderung wird dabei insgesamt für Kanton

und Gemeinden kostendämpfend wirken.»

Das System der Ergänzungsleistungen, die im Kanton Zürich Zusatzleistungen heissen, sieht für Personen, die zu Hause leben, und für Personen, die in einem Heim leben, zwei unterschiedliche Finanzierungsmechanismen vor.

Die Finanzierung der Pflege und Betreuung im Heim sei aufgrund der Gesetze gesichert, heisst es im Regierungsratsbeschluss. Die ambulante Pflege und Betreuung zu Hause werde demgegenüber ab einem bestimmten Pflege- und Betreuungsbedarf für die betroffenen Personen nicht mehr finanzierbar. «Dies führt bereits bei geringem Pflege- und Betreuungsbedarf zu Eintritten in Pflegeheime, obwohl sie gesundheitlich nicht zwingend wären.» (sda)